

Sozial-Kulturelle Gesellschaft der Deutschen im Oppelner Schlesien  
Vorstandsbüro in Oppeln

Herrn  
Mateusz Morawiecki  
Premierminister der Regierung der Republik Polen

Oppeln, den 31. März 2022

***Betr. die Aussetzung der Teilnahme an den Arbeiten der Gemeinsamen Kommission der Regierung und der nationalen und ethnischen Minderheiten***

Sehr geehrter Herr Premierminister,

am 21. September 2005 fand die erste, konstituierende Sitzung der Gemeinsamen Kommission der Regierung und der nationalen und ethnischen Minderheiten statt. Ich erinnere mich gut an diesen Tag; aus der Perspektive der in der Republik Polen lebenden Minderheiten war es ein einzigartiges Ereignis. Als einer der beiden Vertreter der deutschen Minderheit gehöre ich zu der kleinen Gruppe von Vertretern nationaler und ethnischer Minderheiten, die dieser Kommission seit ihrer Gründung ununterbrochen angehört haben. Von 2012 bis 2018 hatte ich auch die Gelegenheit, als Ko-Vorsitzender der Kommission zu fungieren. Die Kommission hat in den fast 17 Jahren ihres Bestehens Höhen und Tiefen erlebt, aber sie hat sich stets für Toleranz und die Anerkennung der Rechte nationaler und ethnischer Minderheiten eingesetzt und diese auch aktiv gefördert.

Die Verordnung des Ministers für Bildung und Wissenschaft vom 4. Februar 2022 (Gesetzblatt von 2022 Pos. 276), führte eine direkte Diskriminierung der deutschen Minderheit ein, indem es den Kindern und Jugendlichen, die ausschließlich dieser einen Gemeinschaft gehören, einen vollen Zugang zum Minderheitenschulwesen begrenzte. Dies änderte alles, was in den vergangenen Jahrzehnten in Bezug auf die Minderheitenpolitik des polnischen Staates aufgebaut worden war. Denn es kann uns nicht gleichgültig sein, dass in einer Zeit, in der wir als Gesellschaft Einheit und Zusammengehörigkeit besonders nötig haben, diskriminierende Spaltungen geschaffen werden. Ohne jegliche Konsultation der zu diesem Zweck ins Leben gerufenen Gemeinsamen Kommission werden rechtliche Lösungen eingeführt, die zwei Kategorien von in Polen lebenden Minderheiten schaffen.

Als Vertreter der deutschen Minderheit, dessen Vorfahren die Grenzziehungen erfahren haben, bin ich an mein Engagement für die Minderheitengemeinschaften immer mit der Überzeugung herangegangen, dass es eine Tätigkeit für die Entwicklung des polnischen Staates ist. In diesem Geist spreche ich nicht nur mit den Mitgliedern meiner Organisation, sondern erziehe auch meine Kinder und zeige ihnen, dass Trennungen und Grenzen nicht wichtig sind, sondern dass es darauf ankommt, was wir für die Gemeinschaft, für unsere Region und für das Land, in dem wir leben und dessen Teil wir sind, beitragen können.

Am 4. Februar wurden ich und die gesamte in Polen lebende deutsche Minderheit zu Mitgliedern der nationalen Minderheit einer zweiten, minderwertigen Kategorie. Deshalb möchte ich Sie, Herr Premierminister, fragen: Was haben wir falsch gemacht? Womit haben wir als loyale Bürger Polens eine solche Diskriminierung verdient? Wofür werden die Kinder der deutschen Minderheit bestraft? Was ist der Grund für die Entscheidung der Regierung der Republik Polen, die weitreichende Konsequenzen hat?

Es ist mir klar, dass meine Teilnahme an der Arbeit der Gemeinsamen Kommission, die laut Gesetz ein beratendes Gremium für den Premierminister und die Regierung sein soll, im Zusammenhang mit dem, was ich oben beschrieben habe, ihren Sinn verloren hat. Daher möchte ich Ihnen mitteilen, dass ich meine Teilnahme an der Arbeit der Kommission so lange aussetze, bis die gesetzlichen Bestimmungen, die die deutsche Minderheit in Polen diskriminieren, aufgehoben werden.

Ich hoffe auf Ihre Stellung zu diesem Thema, das nicht nur die deutsche Minderheit in Polen betrifft, die wir auf etwa 300 000 Menschen und etwa 50 000 Schüler schätzen, sondern auch gegen 700 Deutschlehrer, von denen zwei Drittel gerade entlassen werden.

Hochachtungsvoll,

Rafał Bartek

Zur Information:

1. Andrzej Duda – Präsident der Republik Polen
2. Błażej Poboży – Staatssekretär, Ko-Vorsitzender der Gemeinsamen Kommission der Regierung und der nationalen und ethnischen Minderheiten